



# Der Pieks macht den Unterschied

**Debatte** Auch wenn es derzeit noch an Impfdosen fehlt, beginnt die Diskussion darüber, wann die Einschränkungen für Geimpfte enden sollen. *Von Andreas Volz*

Während die einen sich die Finger wund wählen, um einen Impftermin zu ergattern, machen sich andere schon Sorgen um die Zeit, in der die gegenteilige Situation eintritt: wenn massenhaft Impfstoff zur Verfügung steht, aber alle Freiwilligen bereits die zweite Dosis intus haben. Was bleibt, sind die Impfgegner, die sich partout keinen Termin holen. Wen es dann noch zu über-

schriften, hält Kenner nicht für abwegig: „Ich kann mir vorstellen, dass im Sommer, wenn viele schon geimpft sind, ein Wirt sagt, er geht auf Nummer sicher und lässt nur Leute mit Impfung rein.“

Allerdings hält Andreas Kenner den Zeitpunkt für eine solche Debatte für verfrüht: „Das ist nicht das Thema. Ich habe gerade selbst großen Frust, weil ich versuche, meine Mutter zur Impfung anzumelden. Da kommt man ja gar nicht aus der Warteschleife raus.“ Und solange nur Menschen über 80 geimpft werden, sei die „Party-Lizenz“ für Geimpfte ohnehin nichts, worüber man sich zeitnah Gedanken machen müsste.

Als Oppositionspolitiker nimmt Andreas Kenner die Landesregierung ausdrücklich in Schutz: „Wir haben in Baden-Württemberg schon viel öfter die Zweitimpfung gegeben als in anderen Ländern. Man hat bei uns den vorhandenen Impfstoff für die Zweitimpfungen zurückgehalten, und das war richtig so.“ So sind bislang rein prozentual weniger Baden-Württemberger beim Impfen an der Reihe gewesen als anderswo. Dafür aber haben im Südwesten vergleichsweise viele Menschen schon das „Komplettpaket“ erhalten.

Über die Impfpflicht macht sich Andreas Kenner durchaus Gedanken. Er hält davon aber nichts, wie er in einem Positionspapier seiner Landtagsfraktion kommentiert: „Die Diskussion über eine Impfpflicht ist nicht hilfreich. Es gibt sehr gute Argumente für die Impfung, die durch eine klare Kommunikation seitens der Verantwortlichen der Bevölkerung vermittelt werden müssen.“ Er erinnert an die Pocken oder an Polio – Krankheiten, die durchs Impfen weltweit ausgerottet wurden oder kurz vor der Ausrottung stehen.

„Das große Ziel ist es, dass jeder bis zum Sommer eine Impfung erhalten kann.“

**Michael Hennrich**  
über die zeitlichen Vorgaben des Bundesgesundheitsministeriums

zeugen gilt? Die Skeptiker, die erst einmal abwarten, was die Impfung den anderen gebracht hat.

Wenn schlechte Folgen der Impfung ausbleiben, könnte das die Skeptiker ebenso überzeugen, wie wenn es positive Folgen für die Geimpften gibt. Wenn jemand mit Impfbescheinigung eines Tages wieder in die Gaststätte, ins Kino oder in die Ferienunterkunft darf, jemand ohne Impfbescheinigung dagegen abgewiesen wird, könnte das ein Argument fürs Impfen sein. Genau mit einem solchen Vorschlag hat Außenminister Heiko Maas jetzt für Schlagzeilen gesorgt – „ohne mich zu fragen“, wie sein Parteikollege, der Kirchheimer SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Kenner, leicht ironisch anmerkt. Dass es so kommen kann, wie von Maas be-



Wenn nachgewiesen wäre, dass eine Impfung auch andere vor Ansteckung schützt, könnten die Einschränkungen für Geimpfte aufgehoben werden.

Symbolbild: Markus Brändli

Angst vor Nebenwirkungen könne man durchaus haben, meint Andreas Kenner – und fügt hinzu: „Wenn ich an der Reihe bin, lasse ich mich natürlich impfen. Das halte ich für meine staatsbürgerliche Verantwortung. Außerdem will ich mal wieder in ein Café gehen, ein VfB-Spiel in der Kneipe anschauen oder ein Fest mit Nachbarn auf der Klosterwiese feiern.“

Bleibt die Frage, ob solche Freuden eines Tages ausschließlich Geimpften vorbehalten bleiben sollen oder nicht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Gesundheitspolitiker Michael Hennrich sieht in diesem Fall noch zu große Unsicherheiten: „Wir wissen bis

heute nicht, ob eine Impfung nur den Einzelnen vor der Krankheit schützt oder ob sie auch dazu beiträgt, andere vor einer Infektion zu schützen.“ Solange das nicht geklärt ist, müsse man nicht über Lockerungen für Geimpfte reden.

„Freiheitsrechte von Grund auf“ Selbst wenn es da Klarheit gäbe, sieht Hennrich immer noch eine juristische und eine politische Dimension: „Juristisch ist es so, dass Freiheitsrechte nicht vom Staat verliehen werden. Die hat man von Grund auf. Wenn jemand also geimpft ist und wir wüssten, dass er niemanden mehr anstecken kann, gäbe es bei ihm kei-

nen Grund mehr für Einschränkungen.“ Die politische Dimension sieht ganz anders aus: „Wir fordern von jungen Menschen ein hohes Maß an Solidarität. Da wäre es politisch nur schwer zu vermitteln, wenn ältere Geimpfte wieder alle Freiheitsrechte in Anspruch nehmen, während die Jüngeren noch auf ihre Impfung warten.“

Hennrich hofft allerdings, dass die Impfungen und wärmere Temperaturen im Frühjahr und Sommer dafür sorgen, dass sich das Thema von selbst erledigt – gäbe es da nicht noch eine große Unbekannte: das mutierte Virus. „Über dessen Auswirkungen wissen wir leider noch gar nichts.“

# Im Februar fallen vorerst keine Gebühren an

**Betreuung** Fraktionsvorsitzende und Kirchheimer Verwaltung wollen Schließtage in Kitas und Schulen verrechnen.

**Kirchheim.** Bund und Länder haben am Dienstag entschieden, die Lockdown-Maßnahmen bis zum 14. Februar zu verlängern. Wenn die Infektionslage es erlaubt, sollen laut Mitteilung der Stadtverwaltung Kirchheim die Schulen und Kitas in Baden-Württemberg aber nach Möglichkeit ab dem 1. Februar schrittweise wieder öffnen. Kultusministerin Susanne Eisenmann will ein Konzept ausarbeiten, über das auf Landesebene kommende Woche entschieden werden soll.

Die Notbetreuung an Kitas und Schulen bis zur siebten Klasse ist zunächst bis 31. Januar gewährleistet. Ob und in welcher Form sie in den Februar hinein verlängert wird, hängt vom weiteren Vorgehen der Landesregierung ab. Nach wie vor gilt, dass die Eltern bei der Arbeit unabkömmlich sind und dies von ihrem Arbeitgeber auch bescheinigt bekommen. Betroffene Eltern müssen sich direkt an ihre jeweilige Einrichtung wenden. „Uns ist bewusst, dass viele Eltern auf Notbetreuung an-

gewiesen sind“, erklärt Michaela Göhler-Bald, Leiterin der Abteilung Bildung bei der Kirchheimer Stadtverwaltung. „Wir appellieren jedoch dringend an alle Eltern, möglichst wenige Kinder in die Notbetreuung zu schicken, um so weiter Kontakte zu reduzieren.“

## Notbetreuung kostet Geld

In Abstimmung mit den Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats hat die Stadtverwaltung entschieden, dass die Kindergartengebühren für den Monat Februar

zunächst ausgesetzt werden, um die Schließung im Januar zu verrechnen. Da die Schließung nun eventuell auch den Februar betreffen kann, müssen das Gremium und die Verwaltung voraussichtlich Mitte Februar neu beraten, wie mit den März-Gebühren umgegangen wird. Über einen Gebührenerlass wird der Gemeinderat entscheiden.

Die Stadtverwaltung betont allerdings, dass die Aussetzung der Gebühren nur für diejenigen Kinder erfolgt, die tatsächlich keine

Notbetreuung in Anspruch nehmen. Wer sein Kind in die Notbetreuung schickt, muss hierfür auch bezahlen. Diese Gebühren können laut Stadtverwaltung wegen der individuellen Inanspruchnahme verschiedener Tage jedoch erst zu einem späteren Zeitpunkt berechnet werden. *pm*

**Betroffene Eltern** können sich an die Kirchheimer Stadtverwaltung wenden, per Mail an [bildung@kirchheim-teck.de](mailto:bildung@kirchheim-teck.de) oder telefonisch unter **0 70 21/50 24 95**

## SPENDENAKTION

### Landwirte unterstützen Wanderzirkus mit Heu und Stroh

Einige Pferde schauen neugierig aus dem Stallzelt, andere fressen unbeeindruckt weiter, als vier Traktoren mit großen Anhängern vor dem Winterquartier der Schaustellerfamilie Sperlich in Frickenhausen Halt machen. Die Tiere sind Trubel schließlich gewohnt, sind sie doch das Jahr über mit dem „rollenden Ponyhof“ unterwegs. Das Familienunternehmen um Albano Sperlich arbeitet in siebter Generation mit Pferden und Ponys. Durch die Corona-Pandemie fallen die Einnahmen weg. „Für den Stall brauchen wir jeden Tag fast einen ganzen Ballen Stroh“, erzählt Sperlich. Um den



Freude bei der Schaustellerfamilie Sperlich, Rolf Stückle aus Altenriet, Stefan Gölz aus Nabern, Guido Henzler aus Raidwangen, Felix Kemmerer aus Unterensingen und Hans-Martin Deuschle aus Köngen (v. l.)

kleinen Schaustellerbetrieb zu unterstützen, fanden sich spontan einige Landwirte aus dem Kreis zusammen. „Wenn jeder Bauer ein paar Strohballen abgibt, fällt das für seinen Betrieb nicht ins Gewicht. In Summe hilft das dem Ponyhof aber, um über die Runden zu kommen“, fasst Hans-Martin Deuschle aus Köngen den Gedanken der Spendenaktion zusammen. Und die Menge kann sich sehen lassen: Rund 20 Tonnen Stroh und Heu fanden den Weg nach Frickenhausen. Per Teleskopklader wurden die 60 Ballen auf Paletten gestapelt und mit Planen abgedeckt. *Markus Brändli*

# Bader ist jetzt „Mayor for Peace“

**Atomvertrag** Oberbürgermeister Bader und die „Mayors for Peace“ begrüßen den Atomwaffenverbotvertrag.

**Kirchheim.** Am morgigen Freitag tritt der von den Vereinten Nationen im Jahr 2017 verabschiedete Atomwaffenverbotvertrag in Kraft. Als Mitglied der Organisation „Mayors for Peace“ begrüßt Kirchheims Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader dies. Als sichtbares Zeichen dafür wird das Rathaus beflaggt.

Die Organisation „Mayors for Peace“ setzt sich seit ihrer Gründung 1982 für die Verhinderung der weltweiten Verbreitung und Beschaffung von Atomwaffen ein. Das weltweite Städtebündnis mit rund 8000 Mitgliedern, darunter 700 Städte in Deutschland, steht hinter dem Vertrag. Seit 2006 gehört die Stadt Kirchheim unter Teck zu dieser Organisation.

Städte gelten mit ihrer wichtigen Infrastruktur und einer hohen Bevölkerungszahl nach wie vor als bevorzugte Ziele im Falle eines nuklearen Angriffes. Weiterhin verfügen die Atommächte noch immer über etwa 13 400 Nuklearwaffen und produzieren und entwickeln neue. Vereinbarungen zur nuklearen Abrüstung wurden aufgekündigt, ohne dass ein Folgevertrag an seine Stelle getreten ist.

„Als Mitglied der ‚Mayors for Peace‘ begrüße ich ausdrücklich das Inkrafttreten des Vertrages. Er ist ein Meilenstein auf dem Weg zu einer Welt ohne Atomwaffen. Denn die humanitären Folgen eines Einsatzes sind katastrophal. Ich freue mich über diesen wichtigen Fortschritt in der nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle. Eine friedliche und sichere Zukunft lässt sich nur in einer Welt ohne Atomwaffen gestalten“, sagt der Oberbürgermeister.

Der Vertrag ist mittlerweile von 51 Staaten ratifiziert und von 86 Staaten unterzeichnet. Die Atommächte sind dem Vertrag nicht beigetreten. Auch Deutschland ist nicht dabei. Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader: „Ich fordere daher die Bundesrepublik auf, dem Vertrag über das Verbot von Kernwaffen ebenfalls beizutreten.“

Durch die Unterzeichnung verpflichtet sich jeder Staat dazu, keine Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Personen, die von Kernwaffentests oder -einsätzen betroffen sind, soll umfassend geholfen und Maßnahmen zur Umweltsanierung der kontaminierten Gebiete ergriffen werden. Auch nach Inkrafttreten des Verbotvertrages können Staaten noch beitreten. *pm*



## Online-Diskussion Wer bezahlt die Hilfspakete?

**Kirchheim.** Der SPD-Landtagsabgeordnete Andreas Kenner spricht mit dem finanzpolitischen Sprecher der SPD, Lothar Binding, am morgigen Freitag von 18 bis 19.30 Uhr über „Daseinsvorsorge nach Corona“. Wer bezahlt die gigantischen Rettungs- und Hilfspakete? Werden die Kosten gerecht verteilt? Interessierte an einem Austausch können sich per Mail an [andreas.kenner@spd.landtag-bw.de](mailto:andreas.kenner@spd.landtag-bw.de) anmelden oder auf Kenners Facebook-Seite sowie auf Youtube einfach zuhören. *pm*